



Pressemitteilung

Konrad-Adenauer Platz 1
40764 Langenfeld/Rhld.
Telefon: 02173/794-1040

E-Mail: Frank.Noack@fdp-langenfeld.de

15.01.2022

Pressemitteilung zur Forderung des Langenfelder Jugendamtseleternbeirats zu Lolli-PCR-Tests

Die FDP Fraktion im Rat der Stadt Langenfeld unterstützt die jüngste Forderung des JAEB (Jugendamtseleternbeirat) nach einer Einführung der PCR-Pooltestung (Lolli-PCR-Tests) in allen Langenfelder Kindertagesbetreuungseinrichtungen.

„Es ist aus unserer Sicht ein logischer Schritt, wenn auch in den Langenfelder Einrichtungen zur Kindertagesbetreuung jetzt die PCR-Pooltestung eingesetzt wird. Dies ist an den Langenfelder Grundschulen schon lange eine gängige und auch erfolgreiche Praxis. Es ist Aufgabe der Stadt, sowohl die Kinder, als auch die Beschäftigten bestmöglich zu schützen“, kommentiert Frank Noack, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Langenfeld.

„Auch in anderen Städten sind die sogenannten Lolli-PCR-Tests inzwischen Standard. Aus Leverkusen weiß ich aus eigenem Erleben, dass das sehr gut funktioniert. Auch für die finanzielle Förderung ist gesorgt. Das MKFFI stellt den Kommunen aktuell pro Kind 3 Euro für einen Lolli-PCR-Test zur Verfügung. Damit wäre das Langenfelder Jugendamt in der Lage eine eigene – auf Lolli-PCR-Tests basierende - Teststrategie zu entwickeln und zu finanzieren. Aus Düsseldorf gibt es die Information, dass die Finanzierung auch in 2022 gesichert ist, so dass Langenfeld auch noch in die Pooltestung einsteigen kann.“ ergänzt Beate Wagner, Ratsfrau der FDP.

„Lolli-PCR-Tests sind im Vergleich zur Antigentestung anerkanntermaßen deutlich genauer. Insofern kann man durch den Lolli-PCR-Test frühzeitig auf mögliche Erkrankungen reagieren. Die PCR-Pool-Tests bringen also ein Mehr an Sicherheit in die Einrichtungen. Immer wieder kommt es vor, dass Schnelltests negative Ergebnisse anzeigen, obwohl anschließende PCR-Testungen zu positiven Ergebnissen kommen. Durch den Lolli-PCR-Test kann eine COVID-19-Infektion bereits so früh erkannt werden, dass eine infizierte Person für andere Personen noch nicht ansteckend ist. Das führt zu einem deutlichen Mehr an Sicherheit für die Kinder und Beschäftigten in unseren Einrichtungen“, führt Frank Noack weiter aus. „Wir sind uns sicher, dass die Verwaltung dem Anliegen der Eltern folgen wird. Sollte das nicht der Fall sein, behalten wir uns vor, kurzfristig einen entsprechenden Antrag zu stellen.“